

SPD – RATSFRAKTION ♦ PRESSEMITTEILUNG

Verantwortlich: Thomas Gedig

Kiel, 13.01.2005

Stadtteilbücherei Suchsdorf: Schlappe für OB Volquartz

Die Schließung der Stadtteilbücherei Suchsdorf verstößt gegen den Eingemeindungsvertrag von 1958. Das geht aus einem Brief des Innenministeriums hervor, der bereits am 15. Dezember 2004 bei der Stadt einging und erst jetzt den Fraktionen übermittelt worden ist. Nach § 8 III des Eingemeindungsvertrages sollte die Stadtteilbücherei als Zweigstelle der Stadtbücherei fortgeführt werden. Diese damalige Zusage sei auch heute noch wirksam, so das Innenministerium: *pacta sunt servanda*, und könne von der Stadt nicht einseitig aufgehoben werden. Die Verpflichtung sei überdies zeitlich nicht befristet. Das Ministerium empfiehlt, mit dem Ortsbeirat Suchsdorf zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Dem Ortsbeirat war durch den Eingemeindungsvertrag das Recht eingeräumt worden, die Erfüllung der von der Stadt Kiel übernommenen Verpflichtungen zu überwachen und bei der Durchführung mitzuwirken.

Bernd Vogelsang, der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion und der Suchsdorfer Ratsherr Thomas Wehner erklären hierzu:

„Dies ist eine Schlappe für Oberbürgermeisterin Volquartz und die Mehrheitsfraktionen, die die von der Stadt Kiel übernommenen vertraglichen Verpflichtungen offensichtlich nicht ausreichend geprüft haben. Die Stellungnahme des Innenministeriums ist eindeutig: Die Stadtteilbücherei Suchsdorf darf nicht geschlossen werden.“

Wir fordern Frau Volquartz und den zuständigen Dezernenten, Herrn Stadtrat Möller, auf, unverzüglich mit dem Ortsbeirat auf der Grundlage des Eingemeindungsvertrages über die Fortführung der Stadtteilbücherei zu verhandeln.

Die Betreuung durch Fachkräfte und die pädagogische Zusammenarbeit mit der Grundschule Suchsdorf ist dabei sicherzustellen.

Der Ortsbeirat Suchsdorf ist damit in seiner Funktion als Überwachungsorgan gestärkt worden und kann nun auf Augenhöhe mit der Stadt Kiel verhandeln.

Die CDU, die im Ortsbeirat die absolute Mehrheit hat, muss sich aber fragen lassen, warum sie vorschnell die für den Stadtteil günstige Rechtsposition in Frage gestellt und von sich aus ein Modell auf ehrenamtlicher Basis vorgeschlagen hat.

Nun hat der Ortsbeirat aber eine zweite Chance bekommen, die Interessen des Stadtteils wirkungsvoll zu vertreten. Wir erwarten darüber hinaus, dass die Eingemeindungsverträge der anderen von Schließung bedrohten Stadtteile ebenfalls überprüft werden. Fragen lassen muss sich aber auch Stadtrat Möller, warum er das Schreiben des Innenministeriums der Ratsversammlung, die am 16. und 17. Dezember 2004 den Haushalt und auch die Schließung der Stadtteilbücherei beraten hat, vorenthalten hat. Sollte die Ratsversammlung bewusst diese notwendigen Informationen nicht erhalten?“
